

Konflikte als Arbeitsbereich von (Medien-)Pädagogik und Entwicklungsaufgabe für junge Menschen

Expertise zur demokratischen Aushandlung von Konflikten in und
mit Medien



Abb. 1, Symbolbild Konflikt, Quelle: Pexels

Oft werden Konflikte als Problem wahrgenommen, dabei ist viel wichtiger, wie sie ausgehandelt werden. Warum Konfliktaushandlungen ein wichtiger Teil von Bildungsarbeit sind und welche unterschiedlichen Konfliktformen es (nicht nur im) digitalen Raum gibt, das zeigt dieser Text.

von Georg Materna (Was wäre, wenn?!-Team)

1. Konflikte begleiten und gestalten

Pädagogische Fachkräfte begegnen in ihrer Arbeit häufig gesellschaftlichen Konfliktpunkten und damit verbundenen Fragen: Sollte das Gendern verboten werden? Oder sollten wir alle gendern? Ist die Mehrheitsgesellschaft rassistisch? Wie faul ist die GenZ? Was haben alte weiße Männer noch zu sagen? Bist du für Israel oder für Palästina? Während es im privaten Umfeld auch möglich ist, einer Diskussion aus dem Weg zu gehen, ist es in professionellen Kontexten eine wichtige Aufgabe, solche Diskussionen zu begleiten und auch aktiv (mit-)gestalten zu können.

Ziel dieser Expertise ist es, pädagogischen Fachkräften Grundlagen und Hilfestellungen zur Behandlung gesellschaftspolitischer Konfliktthemen zu geben. Ein Schwerpunkt liegt auf medienpädagogischen Ansätzen und Methoden. Diese können zum Beispiel didaktischer Art sein, wenn Medienbeiträge (z. B. TikToks) gezielt als Gesprächsanlässe genutzt werden. Sie können sich aber auch auf Methoden der themenzentrierten Medienarbeit beziehen, mit denen ein Thema sowohl inhaltlich als auch kreativ-gestalterisch bearbeitet werden kann. Ebenso gibt es Impulse zur Sensibilisierung für mediale Darstellungsweisen, die auf Polarisierung oder Emotionalisierung setzen. Die Expertise soll Anregungen dafür geben, wie Konflikte mithilfe medienpädagogischer Impulse und Methoden mit Jugendlichen zum Thema gemacht werden können. Ziel ist, dass demokratische Prinzipien bei der Bearbeitung von gesellschaftspolitischen Fragen in Jugendtreff und Schule erfahrbar gemacht werden können.



Abb. 2, Symbolbild Bildungsarbeit, [Quelle \(https://www.pexels.com/de-de/suche/teacher/\)](https://www.pexels.com/de-de/suche/teacher/)

Um diese Ziele zu verwirklichen, ist die Expertise in insgesamt drei Teile aufgeteilt. Im vorliegenden 1. Teil wird auf grundlegende Perspektiven aus Soziologie, Friedens- und Medienpädagogik eingegangen, mit denen Konflikte in ihren Erscheinungsformen und Dynamiken analysiert und verstanden werden können. In den Teilen 2 (Was ist männlich?) und 3 (Was ist deutsch?) wird darauf aufbauend auf konkrete Konfliktbeispiele eingegangen

und werden Methoden zu ihrer Behandlung vorgestellt.

2. Stress mit der Lehrkraft

Während eines Interviews erzählte Suzanna, dass sie sich jüngst mit einer ihrer Lehrkräfte gestritten hatte.^[1] Das Thema war für sie besonders wichtig, aber ihre Lehrkraft konnte Suzannas Perspektive nur schwer nachvollziehen. Suzannas Eltern kamen als Geflüchtete aus einem afrikanischen Land nach Deutschland. Es war hart für sie, in Deutschland anzukommen, ihre Abschlüsse anerkennen zu lassen und ein Auskommen zu finden. Suzanna berichtete im Interview von Rassismuserfahrungen, denen sie als Schwarze Personen ausgesetzt waren und sind. Das war nicht leicht, aber worüber sich Suzanna in diesem Moment richtig ärgerte, war, dass ukrainische Geflüchtete im Vergleich zu ihren Eltern in ihrer Wahrnehmung wesentlich zuvorkommender behandelt wurden.

Suzanna sagte, ukrainische Geflüchtete hätten es einfacher, Abschlüsse anerkennen zu lassen, und dürften sofort nach ihrer Ankunft eine Arbeit aufnehmen. Das empfand sie als ungerecht, weil damit Geflüchtete nach Herkunft und Hautfarbe ungleich behandelt würden. Im Interview zeigte sie ein TikTok, in dem der Kabarettist Serdar Somuncu Geflüchtete aus der Ukraine als „Edelflüchtlinge“ bezeichnete. Er hätte ukrainische Geflüchtete in Porsches gesehen, sagt Somuncu. Es flüchtete scheinbar nur nach Deutschland, wer ein schnelles – und teures – Auto habe. Das sei nicht gerecht, weil afrikanische Geflüchtete seit Jahren auf dem Mittelmeer sterben müssten und auch die Geflüchteten aus dem Nahen Osten nicht reingelassen würden. Wenn Deutschland Geflüchtete aufnehme, sollten diese auch gleichbehandelt werden, fordert Somuncu.

Für Suzanna war das Video wichtig, weil es ihre Meinung zusammenfasste. Sie hatte unter dem Video zustimmend kommentiert und über 10.000 Likes dafür bekommen. Der Streit mit ihrer Lehrkraft entfachte sich daran, dass die Lehrkraft die von Suzanna wahrgenommene Ungleichbehandlung nicht anerkannte. Suzannas Lehrkraft fand es gut, dass die Abschlüsse ukrainischer Geflüchteten ohne große Formalitäten anerkannt wurden und sie auch studieren durften. Suzanna hingegen sah das anders: „Das war zum Beispiel so eine Aussage [der Lehrkraft], die ich... Nee, toleriere ich nicht“ (Suzanna, 37:37ff.).



Abb. 3, Ausschnitt aus TikTok-Video mit Serdar Somuncu, Quelle: TikTok

3. Triggerpunkte gesellschaftspolitischer Konflikte

Der Streit zwischen Suzanna und ihrer Lehrkraft steht für einen typischen Moment gesellschaftspolitischer Konflikte in demokratischen Gesellschaften: Ungleichbehandlung stößt auf Widerstand. Wenn Ungleichbehandlung wahrgenommen wird, führt sie häufig zu Konflikten, ganz unabhängig davon, zu welchem politischen Lager sich die einzelnen Personen zählen. Während sich Suzanna über rassistische Diskriminierung ärgert, gibt es andere, die Ungleichbehandlung in „Sonderrechten“ für Minderheiten oder marginalisierte Gruppen wahrnehmen, bspw. in Einstellungsquoten für Frauen oder Menschen mit Behinderung. Die Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser (2023) bezeichnen Ungleichbehandlung als einen Triggerpunkt für gesellschaftliche Diskussionen. Mau et al. beschreiben damit Ausgangspunkte für Konflikte, „die Menschen zu sehr vehementen, gegensätzlichen und oft auch stark emotionalen Positionierungen“ veranlassen (Mau et al. 2023, S. 244).

Typ	Trigger	verletzte Erwartungen	Beispielthemen
Ungleichbehandlungen	ungerechte Benachteiligungen oder Übervorteilungen verletzte Anspruchshierarchien	<i>Egalität</i> formale Gleichheit, Verdientheit, Reziprozität	»Sonderrechte« für Minderheiten, rassistische Diskriminierung, leistungslose Vermögen
Normalitätsverstöße	Ordnungsverlust, Devianz, Schmutz Identitätsbedrohung durch Verschiebung des Normalen	<i>Normalität</i> Regeln, Gewohnheiten, geteilter Common Sense	»Scharia«, »Ausländerkriminalität«, dekadenter Lebensstil der Reichen, Transfrauen in Frauenumkleiden
Entgrenzungsbefürchtungen	unkontrollierbare Steigerung und Beschleunigung von Veränderungen Anspruchsinflation	<i>Kontrolle</i> Stabilität, Steuer- und Berechenbarkeit	»Grenzöffnungen«, Quoten, Folgen des Klimawandels, Ansprüche an den Sozialstaat
Verhaltenszumutungen	Eingriffe in Handlungsrouninen irritierte Verhaltenserwartungen, Stigmatisierung von Verhalten	<i>Autonomie</i> (private) Selbstbestimmung, Freiheit von Vorgaben	»Sprechverbote« und Sprachreformen, Veggie-Day, Tempolimit, überkommene Geschlechterrollen

Abb. 4, Typen von Triggerpunkten (Mau et al. 2023, S. 267)

Neben **Ungleichbehandlungen** sehen Mau et al. drei weitere Triggerpunkte für gesellschaftspolitische Konflikte. Ein weiterer Triggerpunkt sind **Normalitätsverstöße**. Unsere Lebenswelt besteht in wichtigen Teilen aus subjektiven Routinen und dauerhaften gesellschaftlichen Strukturen. Normalität schafft Erwartbares und beinhaltet Vorstellungen des Wünschenswerten. Das ist entlastend, kann aber auch Ungerechtigkeiten konservieren. Denn die Herstellung des von der Mehrheit „der Normalen“ für wünschenswert Befundenen ist immer auch mit Macht verbunden, die ausschließen und diskriminieren kann (vgl. Rommelspacher 1997). Das machen sich auch rechtspopulistische Parteien zunutze. Ein Beispiel dafür ist der Wahlkampflogan der AfD „Deutschland, aber normal“. An diesen Stellen wird sichtbar, wie sehr Normalität auch mit normativen Setzungen von

richtig/gewohnt/normal und falsch/neu/unnormal verknüpft ist. Und es wird deutlich, wie wichtig und gleichzeitig herausfordernd es für pädagogische Fachkräfte sein kann, die Diskussionen um gesellschaftliche Wandlungsprozesse zu begleiten und mitzugestalten.

Eng verbunden mit Normalitätsverstößen sind Befürchtungen, dass gesellschaftlicher Wandel überhandnehmen könnte. Mau et al. beschreiben das als **Entgrenzungsbefürchtung**. Sie beziehen diese auf Migrationsbewegungen nach Deutschland und auf die Abwehr eines „Zuviel“ an Veränderung, was sich dann beispielsweise in Begriffen wie „Flüchtlingswelle“ oder „Migrationsflut“ ausdrückt oder in dem auch im Wahlkampf schon plakatierten Ausruf „Das Boot ist voll“. Neben der Migration nach Deutschland oder in die Europäische Union sind die Entgrenzungsbefürchtungen aber auch auf gesellschaftliche Diskussionen bezogen, durch die die eigene Normalität herausgefordert wird. Wenn so unterschiedliche Themen wie Gender, Rassismus, Migration, Klimawandel, Verkehrs- und Zeitenwende intensiv und gleichzeitig diskutiert werden, wird ein Großteil von Normalität infrage gestellt und es kann in der Summe das Gefühl entstehen, sich entweder (radikal) abgrenzen zu müssen oder nicht mehr mitzukommen. Mau et al. schreiben:

„Momente des befürchteten Kontrollverlustes, in denen es scheint, als führe eine Veränderung allzu rasch zur nächsten und eine kleine Öffnung bald zum völligen Dambruch, lösen empörte Abwehr aus“ (Mau et al. 2023, S. 277)?.

In diesen Kontext gehört ein vierter Triggerpunkt, den Mau et al. als **Verhaltenszumutungen** bezeichnen. Forderungen nach vegetarischer oder veganer Ernährung, diskriminierungssensibler Sprache, der Reflexion der eigenen (bspw. rassistischen) Selbstverständlichkeiten oder auch des eigenen klimaschädlichen Konsums formulieren in der Konsequenz auch: Wir können nicht so bleiben, wie wir sind. Hier wird deutlich, wie die beschriebenen Triggerpunkte nicht nur die Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft betreffen, sondern auch bei marginalisierten Gruppen oder Minderheiten für Aufregung sorgen können. Zum Beispiel wenn Forderungen nach der Akzeptanz geschlechtlicher Vielfalt und einer gendergerechten Sprache neben konservativen Mehrheitsdeutschen bspw. auch konservative migrantische Communitys triggern.

4. Sind viele Konflikte schlecht für eine Gesellschaft?

Dass in der deutschen Gesellschaft viele Konflikte zeitgleich verhandelt werden, muss nicht zwangsläufig als problematisch angesehen werden. Grundlegend für eine positivere Perspektive auf Konflikte ist, dass pluralistische und demokratische Gesellschaften darauf ausgelegt sein müssen, Konflikte zuzulassen. Denn dass Konflikte öffentlich formuliert und ausgehandelt werden können, ist ein Zeichen für die Offenheit ihrer politischen Struktur in Bezug auf die Bedürfnisse und Problemlagen ihrer Mitglieder (Cosser 2009; El-Mafaalani 2018; Stark 2008)?. Hilfreich ist an dieser Stelle, sich zu vergegenwärtigen, was als soziale

bzw. gesellschaftliche Konflikte bezeichnet wird:

„Sozialer Konflikt ist eine Interaktion zwischen zwei Akteuren (Individuen, Gruppen, Organisationen), wobei wenigstens ein Akteur eine Differenz im Wahrnehmen, im Denken bzw. Vorstellen, im Fühlen und im Wollen mit dem anderen Akteur in der Art erlebt, dass beim Verwirklichen dessen, was der Akteur fühlt, denkt oder will eine Beeinträchtigung durch einen anderen Akteur erfolgt“ (Glasl 2020, S.17).?

Glasls Definition kann gut mit den von Mau et al. beschriebenen Triggerpunkten verbunden werden. Auch die Triggerpunkte gehen auf Wahrnehmung und Gefühle ein (Entgrenzungsbefürchtungen, Normalitätsverstöße). Und sie beziehen sich darauf, dass sich Personen in ihren Handlungen von anderen beeinträchtigt fühlen können (Verhaltenszumutungen, Ungleichbehandlung), zum Beispiel dann, wenn sie glauben, gendern zu müssen oder ihr Konsumverhalten als klimaschädlich markiert wird.



Abb. 5, Je mehr Menschen Teilhabe einfordern, desto mehr Konflikte werden sichtbar, [Quelle \(https://www.pexels.com/de-de/foto/holz-dreckig-metall-nummern-14308690/\)](https://www.pexels.com/de-de/foto/holz-dreckig-metall-nummern-14308690/)

Dass Konflikte entstehen, hat somit zum einen damit zu tun, dass ein Akteur (Individuen, Gruppen, Organisationen) eine Beeinträchtigung, für die er einen anderen Akteur als verantwortlich sieht, nicht länger hinnehmen möchte. Das ist beispielsweise der Fall, wenn

Menschen sich durch Sprache diskriminiert fühlen und eine Veränderung einfordern – oder wenn Menschen sich gegen diese Veränderung wehren. Es hat aber ebenso mit den strukturellen Voraussetzungen zu tun, die es ermöglichen, die Beeinträchtigung als Konflikt zu markieren. Denn nur wenn Missstände auch öffentlich angesprochen werden können, werden sie sichtbar.

Demokratische Systeme mit weitgehend unregulierten Öffentlichkeiten bieten hierfür wesentlich mehr Möglichkeiten als autokratische oder totalitäre Systeme. In letzteren können viele soziale Konflikte und vor allem solche, die sich gegen herrschende Akteur*innen richten, nur unter wesentlich größeren Kosten artikuliert und ausgetragen werden. Die Zahl öffentlich wahrnehmbarer Konflikte ist dadurch in diesen Systemen wesentlich kleiner als in demokratischen; allerdings nicht, weil es dort zwangsläufig weniger Konflikte gäbe, sondern weil die gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind. Dass es in Deutschland viele Konflikte gibt und diese auch verhandelt werden, ist somit für sich genommen kein schlechtes Zeichen. Einen förderlichen Umgang mit ihnen zu finden, bleibt jedoch eine Herausforderung.

5. Der Umgang mit Konflikten als Entwicklungsaufgabe

Mau et al. legen eine soziologische Analyse vor. Die von ihnen skizzierten Triggerpunkte sind jedoch auch für die pädagogische Arbeit relevant, ganz besonders wenn sie die politische Partizipation junger Menschen und ihre Kompetenzen in der Aushandlung kontroverser Themen stärken soll. Themen wie Gender, Rassismus oder Klimawandel sind auch für junge Menschen wichtig (vgl. Kruse 2022; Materna et al. 2021)?. Die Auseinandersetzung mit diesen Themen ist für viele von ihnen Teil der Herausbildung der eigenen Identität:

„Identität wird hier verstanden als ein permanenter Aushandlungsprozess, in dem das Individuum versucht, über Handlungen/Verhalten eine Übereinstimmung zwischen der eigenen Selbstwahrnehmung und eigenen – antizipierten – Verhaltensstandards zu erhalten (Identitätsarbeit). [...] Das Gelingen dieser Identitätsarbeit bemisst sich für das Subjekt von innen an dem Kriterium der Authentizität und von außen am Kriterium der Anerkennung“ ? (Keupp 2017).?



Abb. 6, Symbolbild Konflikte als Entwicklungsaufgabe, [Quelle \(https://pixabay.com/photos/cactus-book-flower-pot-to-read-1063094/\)](https://pixabay.com/photos/cactus-book-flower-pot-to-read-1063094/)

Welches Gender junge Menschen leben, wie sie mit Rassismus umgehen oder inwieweit sie den Klimawandel als problematisch einschätzen, das hat nicht nur Auswirkungen darauf, wie sie sich verhalten, sondern auch darauf, inwieweit die Triggerpunkte gesellschaftspolitischer Konflikte für sie zu Aufregern werden. Denn wie sie sich zu den beschriebenen Konfliktthemen im Rahmen ihrer Identitätskonstruktionen positionieren, beeinflusst, von wem sie welche Form von Anerkennung oder Ablehnung erfahren. Ein im demokratischen Sinne gelingender Umgang mit Konflikten wird damit zu einer wichtigen Entwicklungsaufgabe junger Menschen und einer Voraussetzung politischer Mündigkeit (vgl. Kenner 2023, S. 99). Und gleichzeitig wird die pädagogische Unterstützung von Konfliktaushandlung zu einem wichtigen Beitrag zur Demokratieförderung. Ein gutes Beispiel dafür ist der Aktivismus gegen den Klimawandel.

6. Konflikte um den Klima-Aktivismus junger Menschen

Mit „Fridays für Future“ und der „Letzten Generation“ wurden der Aktivismus junger Menschen zum Schutz des Klimas und die Notwendigkeit einer ökologischen Wende für breite Bevölkerungsschichten zu Themen mit großer Wichtigkeit. Besonders einige Aktionsformen der Klimaaktivist*innen gerieten jedoch in die Kritik: Sie schwänzten die Schule, beschmierten Kunstobjekte und historische Denkmäler mit Farbe, sie blockierten Stadtautobahnen und Startbahnen von Flughäfen. In den Begriffen von Mau et al. waren für die Aktivist*innen Entgrenzungsbefürchtungen ein Auslöser ihrer radikalen Aktionen. Überzeugt von den wissenschaftlichen Ergebnissen der Klimaforschung glauben sie, dass die Politik zu langsam handelt, um unwiderrufliche Kipppunkte des Weltklimas zu vermeiden. Über sich selbst schreibt bspw. die „Letzte Generation“:

„Wir sind die Letzte Generation, die den Kollaps unserer Gesellschaft noch aufhalten kann. Dieser Realität ins Auge blickend, nehmen wir hohe Gebühren, Straftatvorwürfe und Freiheitsentzug unerschrocken hin.“ [\[2\]](#)

In der Selbstdarstellung beschreibt die „Letzte Generation“ ihre Aktionen gegen den Klimawandel als Kampf „gegen den Kollaps unserer Gesellschaft“. Dass ihre Aktionen von großen Teilen der Bevölkerung als **Normalitätsverstöße** bewertet werden, ist einerseits Teil ihrer Öffentlichkeitsstrategie. Andererseits machen sie damit deutlich, dass die Normalität der Mehrheit für sie selbst einen Normalitätsverstoß darstellt, weil die aus ihrer Sicht so dringend notwendige Klimapolitik nicht umgesetzt wird. An dieser Stelle wird sichtbar, wie unterschiedlich die Vorstellungen von Normalität sein können. Während die Aktivist*innen es für normal/gerechtfertigt halten, auf Basis der wissenschaftlichen Prognosen mit zivilem Ungehorsam den Klimawandel zu bekämpfen, besteht konsequente Klimapolitik für viele andere Menschen aus so vielen **Verhaltenszumutungen**, dass die Normalität ihres Lebens sich für sie zu schnell ändern würde.



Abb. 7, Demonstration der Letzten Generation in Berlin, Copyright Letzte Generation [Quelle \(https://drive.google.com/drive/folders/10KZZ7-L_a4z5sqlBD4lvwrDIRrGNvbkBnJ\)](https://drive.google.com/drive/folders/10KZZ7-L_a4z5sqlBD4lvwrDIRrGNvbkBnJ)

Die Ausführungen zeigen, dass der Konflikt um die richtige Politik gegen den Klimawandel unterschiedliche Triggerpunkte bedient und verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich davon betroffen sind. Darüber hinaus ist es wichtig, herauszustellen, dass einzelne politische Akteur*innen die Triggerpunkte gesellschaftspolitischer Diskussionen gezielt bedienen wollen. Das zeigen zum einen die Klimaaktivist*innen selbst mit ihren Protestformen. Zum anderen werden die Konflikte und die mit ihnen einhergehende Empörung aber auch gezielt von Rechtspopulist*innen genutzt, um Politik gegen den Klimawandel als Entmündigung der Bürger*innen darzustellen und über eine angeblich bevorstehende grüne Diktatur zu spekulieren (vgl. Richter et al. 2022)? Mau et al. beschreiben diese politischen Akteur*innen als Polarisierungsunternehmer*innen, die über Triggerpunkte der gesellschaftlichen Konfliktfelder versuchen, Aufmerksamkeit und Gefolgschaft zu erreichen (Mau et al. 2023, S. 375ff.)?. Sichtbar wird in der Auseinandersetzung um Politiken des Klimaschutzes, dass Konflikte nicht nur in Bezug auf einzelne Themen entstehen, sondern sich auch am „Wie“ ihrer Aushandlung entfachen können.

7. Wie werden Konflikte ausgetragen?

Zwei grundsätzlich verschiedene Theorien^[3] über das „Wie“ der Aushandlung von Konflikten in demokratischen Gesellschaften werden in der politischen Theorie gegenwärtig diskutiert:

Zum einen gibt es den verständigungsorientierten Diskurs, der zu großen Teilen auf Prämissen rationaler Diskussion von Jürgen Habermas zurückgeht. Ihm gegenüber stehen radikaldemokratische Ansätze, die den verständigungsorientierten Diskurs kritisieren und die Eigenheiten politischer Aushandlungsprozesse grundsätzlich anders beschreiben ? (Jung/Kempf 2023)?.

Der verständigungsorientierte Ansatz ist in seinen Zielen in großen Teilen handlungsleitend für deutsche Politik und Pädagogik. Knapp zusammengefasst formuliert der Ansatz, dass Prozesse politischer Konfliktverhandlung so gestaltet werden sollen, dass möglichst viele einzelne Personen auf Basis rationaler Argumentationen an ihnen teilnehmen können, um gemeinsam einen Konsens zu finden und daran anschließend politische Entscheidungen zu treffen. Wichtig ist dabei, dass die Aushandlung idealerweise nicht durch Machtstrukturen beeinflusst wird, sondern die einzelnen Stimmen auf Basis allgemein zugänglicher Informationen gleichberechtigt teilnehmen können sollen ?(Habermas 2022, S. 69ff.)?.



Abb. 8, Jürgen Habermas in Hochschule für Philosophie, München, Foto: Wolfram Huke, [Quelle \(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:JuergenHabermas_crop2.jpg?uselang=de\)](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:JuergenHabermas_crop2.jpg?uselang=de)
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:JuergenHabermas_crop2.jpg?uselang=de)

Der radikaldemokratische Ansatz kritisiert diese Vorstellungen. Er sagt, dass das verständigungsorientierte Konzept von falschen Grundannahmen des Politischen ausgeht, und leitet daraus andere Anforderungen an das „Wie“ von politischen Aushandlungsprozessen ab. Prägend für diesen Ansatz waren die Arbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (Auer 2008), die auch als Hegemonie-Theorien bekannt sind und von Mouffe bis heute weiterentwickelt werden. Im Gegensatz zu Habermas geht Mouffe davon aus, dass politische Aushandlungsprozesse (für sie „das Politische“) durch kollektive Identitäten und durch den Einbezug von Emotionen gekennzeichnet sind. Diese Aushandlungsprozesse laufen im Ergebnis nicht auf Konsens hinaus, sondern eher darauf, dass ein kollektiver Akteur seine Interpretation einer (Konflikt-)Situation durchsetzt – also Hegemonie erreicht. Aushandlungsprozesse auf rationale Diskussionen zwischen Individuen beschränken zu wollen, vernachlässigt damit zum einen bestehende Machtverhältnisse, von denen Aushandlungsprozesse grundlegend beeinflusst werden. Zum anderen führt die Vorstellung, dass politische Aushandlungsprozesse rational durch informierte Individuen geführt werden müssten, dazu, dass emotionale Äußerungen und kollektive Akteur*innen vom Diskurs ausgeschlossen würden (Mouffe 2007).



Abb. 9, Chantal Mouffe auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung, Foto: Stefan Röhl, [Quelle \(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Chantal_Mouffe_%289157078801%29.jpg\)](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Chantal_Mouffe_%289157078801%29.jpg)

Als Beispiel führt Mouffe den Umgang mit rechtspopulistischen Akteur*innen in westlichen Demokratien an. Diese argumentieren häufig nicht rational, sondern bedienen mit populistischen Botschaften die Bedürfnisse nach Schutz und Abgrenzung ihrer Klientel. Sie setzen dabei auf kollektive Identitäten und konstruieren überwiegend ein Wir–gegen–sie, das oftmals auch rassistische Vorurteile beinhaltet. Für einen verständigungsorientierten Diskurs disqualifizieren sie sich dadurch. Statt sich mit ihnen auseinanderzusetzen, werden sie moralisch geächtet und dadurch nicht als Diskurspartner*innen einbezogen: „Mit Nazis diskutiert man nicht!“ Diese Strategie sieht Mouffe in vielen westlichen Demokratien. Sie führe jedoch vielfach nicht dazu, dass die Rechtspopulist*innen weniger populär würden. Ganz im Gegenteil helfe es ihnen, Anhänger*innen zu mobilisieren, argumentiert Mouffe (2007, S. 95ff.). Sie sieht das als große Gefahr und führt es darauf zurück, dass

verständigungsorientierte Ansätze, die zu stark auf Rationalität setzen, die Eigenarten politischer Aushandlungsprozesse nicht beachten. In der Konsequenz fordert Mouffe, dass demokratische Aushandlungsprozesse Emotionen und Affekte stärker miteinbeziehen müssten. Die politische Kommunikation demokratischer Parteien müsse auch Schutzbedürfnisse und Vulnerabilitätsgefühle der Bevölkerung gezielt adressieren.

„Zur Entstehung einer demokratischen Bürgerschaft trägt man nicht bei, indem man einfach Argumente dafür findet, dass liberaldemokratische Institutionen Rationalität verkörpern. Vielmehr bedarf es der Vervielfältigung von Diskursen, Institutionen und Lebensformen, die eine Identifikation mit demokratischen Werten fördern. [...] Die Bindung an die Demokratie beruht auf der Identifikation mit demokratischen Werten, und bei dieser handelt es sich um einen komplexen Prozess, bei dem Affekte eine zentrale Rolle spielen“ (Mouffe 2023, S. 36).

Es geht an dieser Stelle nicht darum, sich auf die Seite von Mouffe oder Habermas zu schlagen. Von beiden können wichtige Hinweise für die Betrachtung der Aushandlung von Konflikten abgeleitet werden. Deswegen scheint es sinnvoll, ihre Arbeiten als Ergänzungen der jeweils anderen zu verstehen. Besonders für den digitalen Raum scheinen Mouffes Ausführungen vielversprechend. Denn soziale Medien, Blogs, die Kommentarspalten von Online-Zeitungen sind voll mit Inhalten, in denen sich Affekte, Emotionen und kollektive Identitäten zeigen. Auch ist es mit Mouffe möglich, emotionale, sich polarisierende Konfliktaushandlungen nicht nur als problematisch wahrzunehmen, sondern als unvermeidbare Tendenzen im Prozess der Konfliktverhandlung, die es nicht zu ächten, sondern zu bearbeiten gilt. Denn besonders Diskussionen im Netz sind bekannt dafür, dass sie schnell zu Shitstorms auffahren. Triggerpunkte spielen hierfür eine wichtige Rolle. Der von Mouffe beschriebene Charakter des Politischen gibt weitere Hinweise dafür, warum digitale Räume auch oft mit Polarisierung und Radikalisierung in Beziehung gesetzt werden (Ebner 2019; Pörksen 2018). Hinzu kommt jedoch noch ein weiterer Punkt, der die Vervielfältigung, Intensität und hohe Wahrnehmbarkeit von Konflikten befördert: die Besonderheiten digitaler Öffentlichkeiten.

8. Was ist neu durch den digitalen Wandel?

Vor der Entwicklung sozialer Medien und des Internets war Öffentlichkeit stark hierarchisch aufgebaut. Das heißt, vor allem Journalist*innen bestimmten, was in Radio, Print und Presse kam, und diese Massenmedien waren auch die einzigen mit großer Reichweite (Gerhards/Neidhardt 1990). Spätestens seitdem jede*r von uns mit bezahlbaren internetfähigen Endgeräten ins Internet kam, hat sich das fundamental geändert. Veröffentlicht wird nicht mehr nur, was Journalist*innen als relevant ansehen, sondern was die User*innen von Apps wie Instagram, Snapchat oder TikTok kommunizieren möchten (vgl. Katzenbach 2017). Im Ergebnis wurde die mediale Öffentlichkeit nicht nur vielfältiger, sondern auch unbestimmbarer und dynamischer. Kommunikationsprozesse sind nicht mehr top-down, sondern wechselseitig und verwoben: Von Journalist*innen zu ihren Publika, von

Publika zu Journalist*innen und zwischen den Publika und User*innen selbst. Die Verläufe von Themen sind schlechter vorhersehbar, Shitstorms aus sozialen Medien bringen einzelne Inhalte auch in die Massenmedien und Konflikte können schnell eskalieren. In der Medienforschung wird das als „performative Öffentlichkeit“ bezeichnet (Lünenborg et al. 2020)?.



Abb. 10, Symbolbild digitale Medien, [Quelle \(https://www.pexels.com/de-de/suche/internet/\)](https://www.pexels.com/de-de/suche/internet/)

Welchen Einfluss die Performativität von Öffentlichkeiten auf die Verhandlung von Konflikten hat, wird deutlich, wenn genauer darauf geschaut wird, welche Erscheinungsformen der Konfliktverhandlung auftreten und wie diese zusammenhängen. Hilfreich ist es, bei den Aushandlungsformen von Konflikten zum einen auf unterschiedliche Ausprägungen von Sachlichkeit, Emotionen und Gewalt zu achten. Diese drei zu beachten, ermöglicht es, sowohl den Ansatz von Habermas als auch von Mouffe zu integrieren. Zum anderen lassen sich vier verschiedene Aushandlungsformen von Konflikten unterscheiden: Diskussion, Konkurrenz, Streit und Kampf. Für alle vier lassen sich Beispiele im alltäglichen Medienhandeln finden.

9. Vier Aushandlungsformen von Konflikten

Eine Besonderheit von Konflikten im digitalen Raum ist, dass sich Diskussion, Konkurrenz, Streit und Kampf sehr dicht nebeneinander finden. Sie können sich am selben Thema abarbeiten, in derselben Kommentarspalte zeigen und besonders in uneingeschränkten

Öffentlichkeiten schnell von einem ins andere umschlagen. Unterschiede zwischen den Aushandlungsformen bestehen in der Ausprägung von Sachlichkeit, Emotionen und Gewalt:

Eine stark formalisierte und eher sachorientierte Aushandlungsform von Konflikten kann als Diskussion bezeichnet werden. Diskussionen sollen hier als Erscheinungsformen der Konfliktaushandlung verstanden werden, wie sie Habermas als wünschenswert beschrieben hat: Die Diskutierenden erkennen gegenseitig bestimmte Regeln als verbindlich an, sie fokussieren sich auf ein markiertes Thema und versuchen, sich gegenseitig davon zu überzeugen, dass die eigenen Argumente richtig sind. Ziel der Diskussion ist, dass ein Konsens bzw. ein Kompromiss entsteht, mit dem die Beteiligten gut leben können. Diskussionen in dieser Form sind online sehr schwer zu verwirklichen und wenn, dann vor allem in geschlossenen Räumen oder klar definierten Prozessen. Für viele medienpädagogische Partizipationsprojekte sind sie dennoch das Ziel ihrer Arbeit und ein Ideal der politischen Auseinandersetzung.

Konkurrenz und Streit sind weniger formalisiert und sachorientiert, auch wenn sich beide ebenso wie die Diskussion auf Freiwilligkeit beziehen. Hinzu treten ein stärkerer Gruppenbezug und eine größere Emotionalität. Emotionalität steigert sich, weil im Gegensatz zur Diskussion die Sachebene bei der Auseinandersetzung weniger wichtig wird. Neben die Sachebene tritt die Beziehungsebene zwischen den Konfliktparteien. Und über die Beziehungsebene werden Emotionen und Affekte bspw. in Form von Sympathien und Antipathien wichtiger.



Abb. 11, bei Konkurrenz entscheidet (auch) das Publikum, [Quelle \(https://pixabay.com/illustrations/people-applause-comedy-audience-4482372/\)](https://pixabay.com/illustrations/people-applause-comedy-audience-4482372/)

Als Konkurrenz wird eine Form der Konfliktverhandlung beschrieben, bei der nicht mehr die Konkurrent*innen darüber entscheiden, wer gewinnt, sondern eine dritte Gruppe hinzukommt: das Publikum. Die Konkurrent*innen versuchen nicht primär sich selbst gegenseitig davon zu überzeugen, in einem Konflikt die richtige Seite einzunehmen, sondern machen diese Entscheidung von denen abhängig, die ihren Konflikt beobachten (Stark 2008, S. 87f.). Das Publikum wird aufgefordert, ihnen zuzustimmen, ihre Accounts zu abonnieren oder an einer bestimmten Aktion teilzunehmen. Es geht um das Zeigen von Zustimmung und Ablehnung und weniger darum, jemanden zu überzeugen oder Konsens zu finden. Beispiele können Influencer*innen sein, die sich gegenseitig – inszeniert oder nicht – ablehnen und beschimpfen und ihre Follower*innen für die Auseinandersetzung aktivieren wollen.

Teil dieser Auseinandersetzungen können Streite sein. Ein Streit kann auch über Konkurrenz bearbeitet werden. Er unterscheidet sich von Konkurrenz aber dadurch, dass im Streitgeschehen die Beziehung zwischen den Streitenden eine wichtige Bezugsgröße ist (Wagner et al. 2012, S. 27f.). In Bezug auf die Aushandlung gesellschaftspolitischer Konflikte unterscheidet sich der Streit von der Diskussion dadurch, dass die Beziehung zwischen den Streitenden die Bearbeitung des Konfliktthemas immer wieder überlagert und infolgedessen eine emotionale und persönliche Ebene ins Spiel kommt. Diese Form von Streit findet sich beispielsweise in Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Personen in den Kommentarspalten zu Konfliktthemen.

Die vierte Form der Konfliktaustragung, die hier behandelt werden soll, ist der Kampf. Im Unterschied zu Diskussion, Konkurrenz und Streit ist er die einzige Form, bei der Gewalt im Vordergrund der Konfliktaustragung steht. In digitalen Räumen zeigt sich Kampf oft über Abwertungen und Hass. Shitstorms sind das vielleicht bekannteste Beispiel. Kampf wäre aber beispielsweise auch, wenn versucht wird, den Account der Gegnerin durch ungerechtfertigte Meldungen zu löschen. Das Ziel eines Kampfes ist der Sieg über den Gegner und damit die Demonstration eigener Macht.



Abb. 12, Symbolbild für Kampf, [Quelle \(https://pixabay.com/vectors/wrestler-wrestling-comic-man-149840/\)](https://pixabay.com/vectors/wrestler-wrestling-comic-man-149840/)

Die Triggerpunkte gesellschaftlicher Diskussion spielen für die Übergänge zwischen Diskussion, Konkurrenz, Streit und Kampf eine wichtige Rolle. Triggerpunkte führen weg von Sachlichkeit, erhöhen die Emotionalität und können auch in Gewalt umschlagen. Für die Begleitung von Konfliktaushandlungsprozessen ist diese Dynamik eine große Herausforderung. Denn mit dem Umschlagen zum Beispiel von Diskussion in Konkurrenz oder von Streit in Kampf ändern sich die „Regeln“ der Auseinandersetzung und damit auch die Bereitschaft derjenigen, die vom jeweiligen Konfliktgegenstand betroffen sind, sich aktiv öffentlich einzubringen. Auf diese Weise verändern sich Integrations- und Ausschließungsmechanismen und werden jeweils andere Positionierungen als „Mehrheitsmeinungen“ sichtbar. Für die (medien-)pädagogische Arbeit entstehen daraus jeweils andere Anforderungen: Während zum Beispiel auf Diskussionsebene Partizipationsförderung ein wichtiges Ziel ist, kann auf Streitebene eher der Schutzaspekt das pädagogische Handeln leiten. Wie oben dargestellt, ist es wichtig, auch in pädagogischen Projekten nicht nur auf Sachlichkeit zu fokussieren, sondern auch einen Umgang mit Konkurrenz, Streit und Gewalt zu finden. Wie dies im Einzelfall bearbeitet werden kann, werden die kommenden Teile der Expertise in den Fokus stellen.

Teil 2 der Expertise behandelt die Frage „Was ist männlich?“ (<https://demokratie.jff.de/artikel/was-ist-maennlich/>), Teil 3 der Expertise diskutiert die Frage „Was ist deutsch?“ (<https://demokratie.jff.de/artikel/was-ist-deutsch/>).

veröffentlicht am 16.02.2024

Literaturverzeichnis:

Auer, Dirk (2008). Die Konflikttheorie der Hegemonietheorie. In: Bonacker, Thorsten (Hrsg.). Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 249–265.

Bonacker, Thorsten (Hrsg.) (2008). Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss.

Coser, Lewis A. (2009). Theorie sozialer Konflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ebner, Julia (2019). Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren. Berlin: Suhrkamp.

El-Mafaalani, Aladin (2018). Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1990). Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. Berlin.

Glasl, Friedrich (2020). Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führung, Beratung und Mediation. Stuttgart: Haupt Verlag/Freies Geistesleben. (12., aktualisierte und erweiterte Auflage).

Habermas, Jürgen (2022). Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik. Berlin: Suhrkamp.

Jung, Simone/Kempf, Victor (2023). Krise und Kritik des verständigungsorientierten Diskurses. In: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte, 73 (43-45), S. 4–10.

Katzenbach, Christian (2017). Von kleinen Gesprächen zu großen Öffentlichkeiten? Zur Dynamik und Theorie von Öffentlichkeiten in sozialen Medien. In: Klaus, Elisabeth/Drüeke, Ricarda (Hrsg.). Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. Bielefeld: transcript Verlag, S. 151–174.

Kenner, Steve (2023). Politische Bildung in Zeiten multipler Krisen. In: ufuq.de/NLQ (Hrsg.). Global denken, vor Ort lernen. Multiple Krisen als Herausforderung und Lerngelegenheiten. Berlin, Hildesheim: ufuq.de/Niedersächsisches Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung, S. 6–12.

Keupp, Heiner (2017). Identität. In: Schorb, Bernd/Hartung-Griemberg, Anja/Dallmann, Christine (Hrsg.). Grundbegriffe der Medienpädagogik. 6., neu verfasste Auflage. München: Kopaed, S. 153–159.

Kruse, Merle-Marie (2022). Politik, Medien und Jugend. Politikverständnisse und politische Identität im mediatisierten Alltag Jugendlicher. Bielefeld: transcript Verlag.

Lünenborg, Margreth/Raetzsch, Christoph/Reißmann, Wolfgang/Siemon, Miriam (2020). Media Practice in performativen Öffentlichkeiten. Für eine praxistheoretische Positionierung der Journalismusforschung. In: . Neujustierung der Journalistik/Journalismusforschung in der digitalen Gesellschaft: Proceedings zur Jahrestagung der Fachgruppe Journalistik/Journalismusforschung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 2019, Eichstätt: SSOAR – GESIS Leibniz Institute for the Social Sciences, S. 34–51.

Materna, Georg/Brüggen, Niels (in Vorb.). Desinformationen in sozio-medialen Informationsräumen und das Informationshandeln junger Menschen. Eine explorative Studie mit medienpädagogischen Empfehlungen für die Arbeit gegen Desinformation. JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis: München (Arbeitspapiere aus der Forschung, Nr. 4).

Materna, Georg/Lauber, Achim/Brüggen, Niels (2021). Politisches Bildhandeln. Der Umgang Jugendlicher mit visuellen politischen, populistischen und extremistischen Inhalten in sozialen Medien. München: Kopaed.

Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Mouffe, Chantal (2007). Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Mouffe, Chantal (2023). Eine Grüne demokratische Revolution. Linkspopulismus und die Macht der Affekte. Berlin: Suhrkamp.

Pörksen, Bernhard (2018). Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung. München: Carl Hanser Verlag.

Richter, Christoph/Klinker, Fabian/Salheiser, Axel (2022). Klimadiktatur? Rechte Ideologie und Verschwörungsnarrative zur Klimapolitik in den sozialen Netzwerken. In: Insitut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.). Wissen schafft Demokratie. Tagungsband zur Online-Fachtagung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus“. Band 11. Jena, S. 81–93.

Rommelspacher, Birgit (1997). Identität und Macht. Zur Internalisierung von Diskriminierung und Dominanz. In: Keupp, Heiner/Höfer, Renate (Hrsg.). Identitätsarbeit heute. Klassische und aktuelle Perspektiven der Identitätsforschung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 250-269.

Stark, Carsten (2008). Die Konflikttheorie von Georg Simmel. In: Bonacker, Thorsten (Hrsg.). Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 83–96.

Stark, Carsten (2008). Die Konflikttheorie von Georg Simmel. In: Bonacker, Thorsten (Hrsg.). Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss, S. 83–96.

Wagner, Ulrike/Brüggen, Niels/Gerlicher, Peter/Schemmerling, Mareike (2012). Wo der Spaß aufhört... Jugendliche und ihre Perspektive auf Konflikte in Sozialen Netzwerkdiensten. München. https://www.jff.de/fileadmin/user_upload/JFF-Bericht_Online-Konflikte.pdf [Zugriff: 03.06.2019].

Einzelnachweise

1. Das Interview wurde geführt im Rahmen des Projekts „Isso! – Jugendliche gegen Desinformation“. Die Ergebnisse werden veröffentlicht in Materna/Brüggen (in Vorb.).
2. Selbstbeschreibung der Letzten Generation, vergleiche: <https://letztegeneration.org/wer-wir-sind/> [Zugriff: 22.12.2023]
3. Es gibt insgesamt viel mehr als zwei (vgl. Bonacker 2008), aber die beiden hier skizzierten haben aktuell die meisten Anhänger*innen und lassen sich im öffentlichen Diskurs am ehesten wiederfinden.

CC BY-ND 4.0

[Creative Commons Lizenzvertrag](#)

Die Textteile (nicht die Bilder) des Artikels [Konflikte als Arbeitsbereich von \(Medien-\)Pädagogik und Entwicklungsaufgabe für junge Menschen](#) von [Materna Georg](#) sind lizenziert mit [CC BY-ND 4.0](#).

Zitation

Materna, Georg (2024): Konflikte als Arbeitsbereich von (Medien-)Pädagogik und Entwicklungsaufgabe für junge Menschen. Teil 1: Expertise zur demokratischen Aushandlung von Konflikten in und mit Medien. Im Rahmen des Projekts „Was wäre, wenn?!“ Online verfügbar: <https://demokratie.jff.de/artikel/konflikte-als-arbeitsbereich-von-medien-paedagogik-und-entwicklungsaufgabe-fuer-junge-menschen/>

Was wäre, wenn?!

Aus dem Projekt:

Was wäre wenn?

Demokratiebewusstsein und Engagement unterstützen

„**Was wäre, wenn?**“ ist ein Projekt des [JFF](https://www.jff.de/) – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis und wird im Rahmen von „[Demokratie leben!](https://www.demokratie-leben.de/)“, gefördert

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms



[\(https://www.demokratie-leben.de/\)](https://www.demokratie-leben.de/)

Online verfügbar: <https://demokratie.jff.de/artikel/konflikte-als-arbeitsbereich-von-medien-paedagogik-und-entwicklungsaufgabe-fuer-junge-menschen/>

Der Aufbau der Plattform wurde in den Jahren 2019 bis 2021 gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Seit 2024 wird diese Plattform gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales.